



Ein Anfang – keine Lösung

Vivantes-Kindergarten öffnet länger

In der BRD gibt es zu wenig Kita-Plätze, so dass es für Berufstätige schwer ist, Arbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bekommen. Das trifft Beschäftigte im Schichtdienst besonders. Sie arbeiten außerhalb der Kita-Öffnungszeiten und länger. Vivantes will nun die Öffnungszeiten seiner Kita verlängern.

Derzeit ist die Kita von 5.45 bis 18 Uhr geöffnet. Zukünftig soll sie bereits um 5.30 Uhr öffnen und um 20.30 Uhr schließen. Dazu stellte Vivantes einen Förderantrag für „Kita Plus“. Dies ist ein neues Programm der Bundesregierung. Tagesstätten, die ihre Öffnungszeiten ausdehnen, können bis zu 200.000 Euro Fördermittel pro Jahr erhalten. Das Geld soll nicht nur für Personal, sondern auch für Sachmittel ausgegeben werden.

Das erste Problem: Wenn man Öffnungszeiten ausdehnt, braucht man in erster Linie mehr Personal. Längere Öffnungszeiten dürfen nicht zu höherer Belastung der Kita-Beschäftigten führen. Das andere Problem sind die zu geringen Kapazitäten: In der Einrichtung gibt es nur 43 Plätze.

Nach einer guten, nachhaltigen Lösung für alles sieht das nicht aus. Da müsste man schon eher bei der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeit ansetzen: Die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich wäre angesagt.

Der Personalmangel ist bereits so weit fortgeschritten, dass es immer häufiger zur Gefährdung von Patienten und permanenter Überbelastung des Pflegepersonals kommt.

» Fortsetzung von Seite 1

Überschüsse oder Defizite erwirtschaftet werden. Der Zugriff privater Träger auf kommunale / öffentliche Krankeneinrichtungen entwickelte sich rapide. Dabei verfolgen die großen Krankenträger wie Rhön-Kliniken, Asklepios, Fresenius, Helios und all die anderen in erster Linie unternehmerische Interessen, die nicht unbedingt mit den Interessen der Versicherten, Beschäftigten oder auch Patienten übereinstimmen.

Durch die Abrechnung der Krankenhausleistungen nach dem Fallpauschalensystem wurde geradezu eine Nachfrage nach bestimmten gewinnbringenden Gesundheitsleistungen befeuert – ungeachtet des medizinischen Bedarfs. Ein weiterer Mangel dieses Systems sind die nicht ausreichend abgebildeten konkreten Personalstellen. Was zur Folge hatte, dass zwischen 1996 und 2012 11 Prozent der Vollzeitstellen abgebaut wurden. Laut ver.di fehlen in Deutschland 162.000 Beschäftigte im Krankenhaus.

Die Folgen sind hinreichend bekannt. Der Personalmangel ist bereits so weit fortgeschritten, dass es immer häufiger zur Gefährdung von Patienten und permanenter Überbelastung des Pflegepersonals kommt. Die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung und damit Verbesserung der Personalbesetzung im Pflegedienst ist vorrangige Aufgabe.

Im Kontext der ver.di-Forderung nach gesetzlicher Personalbemessung ist auch die Tarifaueinsetzung an der Charité zu sehen. Zum ersten Mal kämpfen Belegschaft und Personalrat mit ihrer Gewerkschaft um tarifliche

Mindestbesetzungsstandards und Gesundheitsschutz. Hier stehen die Verhandlungen kurz vor ihrem Abschluss.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Entwicklung müssen Versicherte (Patienten), Beschäftigte im Gesundheitswesen und Politik für den Erhalt einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung kämpfen. Gesundheit darf nicht zur Ware werden.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Strike in UK

Ärzte kämpfen in Großbritannien für bessere Arbeitsbedingungen

Erstmals seit 40 Jahren streikten am 12. Januar die Assistenzärzte in England für 24 Stunden. Der Streik richtete sich gegen lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden und geplante Verschlechterungen im Nachtschichtsystem und dem Plan der Regierung, Wochenendschichten als normale Arbeitszeit zu werten.

Die Assistenzärzte skandalisierten, dass sie durch die langen Arbeitszeiten überlastet und übermüdet seien, wodurch auch die Patientensicherheit gefährdet werde.

An zwei Punkten war der Streik jetzt bereits erfolgreich:

- Insgesamt wurden 4.000 Operationen abgesagt. Dass dies gelang, dazu hatte der NHS durch Personalabbau und Privatisierung selbst beigetragen. Gesundheitsminister Jeremy Hunt hatte bereits die Obergrenze von acht Patienten pro Pflegekraft abgeschafft. Nun wollte man durch Ausrufung eines angeblichen „Notstandes“ die Streikenden zur Arbeit zwingen - was misslang.
- Der Streik erhielt eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung. Viele Menschen brachten den Streikposten Essen und Getränke. Solidarisch zeigten sich auch viele Medizinstudenten, die derzeit gegen die für 2017 geplante Streichung von Ausbildungsdarlehen kämpfen. Dies würde für viele eine

Verschuldung von über 60.000 Pfund (80.000 Euro) bedeuten.

Bei der Berufsgruppe der Assistenzärzte ist eine Politisierung feststellbar, die zu einem höheren Organisationsgrad in der British Medical Association (BMA) führte.

Auch Politik musste das Anliegen der Ärzte aufgreifen: Der neue Labour-Parteivorsitzende Jeremy Corbyn sandte eine Grußadresse, sein Schattenkanzler John McDonnell besuchte Streikposten.

Und auch der NHS bewegte sich: Der für den 26. Januar geplante 48-Stunden Streik wurde ausgesetzt, da die „Arbeitgeberseite“ des NHS nun zu Verhandlungen bereit sei.

Sollte es keine Ergebnisse geben, planen die Assistenzärzte für den 10. Februar zudem einen weiteren, neunstündigen Streik.

Die Assistenzärzte sind auch gut beraten, auf ihre eigene Kraft zu vertrauen und bei fehlenden konkreten Ergebnissen den Arbeitskampf wieder aufzunehmen. Denn nur so werden sie ihre Forderungen durchsetzen können. Deutlich ist auch geworden, dass nicht nur die Beschäftigten im Gesundheitswesen in der BRD dringend eine Entlastung brauchen, sondern auch die in anderen Ländern.

Die Ursache ist dieselbe: Der Kapitalismus lässt Gesundheit zur Ware verkommen und unterwirft sie der Profitlogik. Das gefährdet die Beschäftigten und die Patienten.



Keinen Fußbreit den Faschisten

Otto Grüneberg und die anderen Opfer mahnen

In der Nacht zum 1. Februar 1931 wurde der Charlottenburger Jungkommunist Otto Grüneberg, kurz vor seinem 23. Geburtstag, von Angehörigen des faschistischen SA-Sturms 33 ermordet. Seine Mörder lauerten ihm an der Ecke Schloßstraße/Hebbelstraße auf und nahmen ihn von allen Seiten unter Beschuß. Schwer verletzt schleppte sich Otto Grüneberg noch in die Gaststätte „Wascher“ (heute „Kastanie“) im Erdgeschoss seines Wohnhauses in der Schloßstraße 22, wo er wenig später verstarb. Zehntausende Berliner kamen zu seiner Beerdigung, um ihm die letzte Ehre zu erweisen und gleichzeitig gegen den braunen SA-Terror zu protestieren. Zum Gedenken an Otto Grüneberg fand wie jedes Jahr am ersten Sonntag im Februar eine Kundgebung vor dem Lokal „Kastanie“ statt. Diese Gedenk-Kundgebung geht auf eine Initiative der Berliner DKP zurück und wird mittlerweile von einem breiten antifaschistischen Bündnis getragen. Diese Veranstaltung beschränkt sich nicht auf das Erinnern, sondern bezieht sich ausdrücklich auch auf den antifaschistischen Kampf heute. Die sich über mehrere Jahre erstreckende Mord-Serie des NSU zeigt beispielhaft, daß man sich hierbei nicht auf den Staat verlassen kann.

Internationaler Frauentag 2016

Gemeinsam für soziale Rechte – gemeinsam kämpfen!

Über 90 % der Jugendlichen meinen, Familie und Kinder dürfen gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen. 95 % finden einen sicheren Arbeitsplatz wichtig. Drei Viertel möchten in Teilzeit arbeiten können, sobald sie Kinder haben. Das sind Ergebnisse der im Januar 2016 veröffentlichten Shell-Jugendstudie.

Dies zeigt deutlich: Junge Menschen haben keine Illusionen, Beruf mit Kindern und Familie unter einen Hut bringen zu können. Es geht also nicht um „Vereinbarkeit“, sondern um ein „zusätzlich schaffen“.

Das müsste nicht so sein! Nötig wären Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und genügend bezahlbare öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten für alle. Das wäre im Interesse vieler junger Frauen – und Männer.

Die DKP Berlin lädt zum Internationalen Frauentag ein:

Di, 08. März 2016 | 19.00 Uhr
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Semiarräum 1



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

Vi.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



2016

Solidarität und gegen Krieg!

Jahresauftakt der DKP

Traditionell versammeln sich Anfang Januar KommunistInnen und SozialistInnen in Berlin, um der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 zu Gedenken und den Jahresauftakt zu feiern. Großveranstaltungen sind die Rosa-Luxemburg Konferenz der Tageszeitung junge Welt in der Urania und die Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde mit in diesem Jahr rund 14.000 Teilnehmern.

Das LLL-Treffen der DKP begann mit dem eindrucksvollen Auftritt unseiner kubanischen Genossen Gerardo Hernández, der nach über 16 Jahren Haft in US-amerikanischen Gefängnissen seine Erlebnisse schilderte. Es ist völlige Ruhe im vollbesetzten Saal, als er seine morgendlichen Gedanken schildert, mit denen er in der Gefängniszelle aufwachte, als er nicht wusste, ob er diese überhaupt noch einmal lebendig verlassen würde. Zu Recht stolz konnte der Revolutionär berichten, wie er widerstanden hat – auch und gerade mit der Hilfe der internationalen Solidarität. Und donnernder Applaus, als er den anwesenden Mitgliedern der DKP den Dank der Fünf und ihrer Familien übermittelte. „Hoch die Internationale Solidarität!“

An diesen bewegenden Auftakt knüpfte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele in seiner Rede an. Er lenkte aber den

Blick für die Partei vordringlich nach vorn, um die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus zu belegen: „... alleine eine andere Zahl beweist, dass diese Gesellschaft faulend und parasitär ist: 15,6 Prozent aller Kinder sind auf Hartz IV angewiesen, in Berlin 32,6 Prozent, in Bremen gar 33,1 Prozent. Das heißt ferngehalten von Kultur und Bildung, das heißt ungesunde Ernährung, wenn nicht gar Unterernährung, das heißt Schädigung der Gesundheit – das ist ein Verbrechen.“

Die kriegerischen Aktivitäten Deutschlands standen ebenso in der Kritik. Die DKP verurteilt die Beteiligung Deutschlands an den weltweiten Kriegseinsätzen und fordert einen Stopp der Rüstungsexporte. Ein weiterer Gast auf der Veranstaltung war anschließend Dimos Koubouris, Mitglied des Exekutivkomitees der Gewerkschaft PAME in Griechenland. 3 600 Euro Spenden überreichte die DKP aus ihrer Sammlung. Für die PAME sind jede Art von finanzieller, aber auch politischer Unterstützung eine große Hilfe im Kampf für bessere Lebensbedingungen in einem Land, dessen Regierung die Bedingungen der Troika akzeptiert hat und auch ebenso entschlossen umsetzt wie die Regierungen vor ihr. Mit ihrem entschlossenen Widerstand und der Organisation der Solidarität in der Arbeiterklasse zeigt die PAME den Weg. Ein kämpferischer und optimistisch stimmender Auftakt.